

Walter Schilling

Israels Militärstrategie im Wandel

Der Misserfolg der von U.S.-Präsident Barack Obama unternommenen Bemühungen, den israelisch-palästinensischen Dialog wiederzubeleben und den Atomkonflikt mit dem Iran auf diplomatischem Wege zu lösen, hat weder die Fachleute in aller Welt noch die israelische Regierung überrascht. Doch nicht erst dieser Fehlschlag zwingt Israel zu einer substantiellen Änderung seiner Sicherheitspolitik und Militärstrategie. Es sind vielmehr die in jüngster Zeit in der Region des Nahen und Mittleren Ostens eingetretenen Veränderungen der politischen und strategischen Rahmenbedingungen, die von Israel erneut eine große Anpassungsleistung verlangen.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR ISRAEL

Mit Blick auf die aktuelle und in nächster Zukunft zu erwartende politische und strategische Situation Israels fällt ins Gewicht, dass es zwar gelang, zu einigen arabischen Ländern, wie z. B. Ägypten und Jordanien, tragfähige politische Beziehungen herzustellen. Doch sind seit Januar 2011 mit den Volksaufständen und dem Sturz der Regierungen in Tunesien und Ägypten dramatische Entwicklungen in der gesamten arabischen Welt eingetreten, die besorgniserregende Konsequenzen für die Beziehungen mit Israel und die Sicherheit dieses Landes haben werden.

Wenngleich die Aufstände in Tunesien und Ägypten nicht von islamistischen Kräften ausgegangen sind und zur Zeit auch nicht von diesen dominiert werden, lässt sich kaum vorhersagen, welches Ergebnis das Ringen um die Herausbildung einer neuen staatlichen Struktur haben wird. In keinem Fall sollte man erwarten, dass in diesen Ländern politische Systeme nach dem Muster der westlichen Demokratien entstehen. In Israel hat man eher die Erfahrung vor Augen, als bei den freien Wahlen im Gazastreifen die Terrororganisation Hamas stärkeren Zuspruch erhielt als die gemäßigten Kräfte der Palästinenser. In Tunesien, wo die dramatische Entwicklung mit dem Sturz des autokratisch regierenden Präsidenten Ben Ali am 14. Januar 2011 begann, dürften allein schon die schwierige wirtschaftliche Lage und der nach wie vor große Einfluss der bislang das Land beherrschenden Kräfte eine zufriedenstellende Lösung der Krise sehr kompliziert und langwierig gestalten. Selbst wenn es gelingt, die von der fragilen Übergangsregierung versprochenen Wahlen durchzuführen und eine neue Regierung zu bilden, werden viele Fragen zunächst offen bleiben. Ein wirtschaftlicher Aufschwung des Landes, der für die innere Befriedung und den Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit vor allem der jungen Generation notwendig wäre, ist nicht zu erwarten. Man kann jedoch sicher davon ausgehen, dass die islamistischen Kräfte trotz des eingeschränkten Zugangs ihrer Parteien zu den Wahlen die Politik Tunesiens stärker mitgestalten werden, als dies bisher der Fall war. Zwar ist der nach Tunesien zurückgekehrte Füh-

rer der Islamisten, Rached al-Ghannouchi, kein neuer »Chomeini«, doch dürfte sein Einfluss künftig problematische Folgen für die Beziehungen zu Israel haben. Seine Teilnahme an der Beerdigung des türkischen Islamisten Necmettin Erbakan, der wie Irans Präsident Ahmadi-nedschad den Staat Israel beseitigen will, macht deutlich, welche Denkweise er vertritt.

Auch in dem für das Verhältnis zu Israel und zur gesamten westlichen Staatenwelt so wichtigen Land Ägypten wurde der Volksaufstand gegen das autoritäre und korrupte Regime von Husni Mubarak nicht von islamistischen Kräften ausgelöst. Zwar gelang es der mit westlichem Gedankengut und modernen Kommunikationstechniken vertrauten jungen Generation in Ägypten, eine enorme Dynamik zu entfalten und dank der Zurückhaltung der Streitkräfte wichtige politische Forderungen durchzusetzen. An dem Tatbestand, dass Ägypten ein armes Land bleibt und die Aussichten der jungen Generation auf Arbeit auch in absehbarer Zukunft gering sein werden, wird der Aufstand nichts ändern. Doch war bereits in der Anfangsphase dieses dramatischen Umbruchs abzusehen, dass die radikal-islamisch ausgerichtete Muslimbruderschaft künftig in der Politik Ägyptens eine größere Rolle spielen würde. Sie verfügt als einzige politische Gruppierung in Ägypten über eine funktionierende Basis bis in die kleinsten Dörfer. Auch unter den Universitätsabsolventen ist der Einfluss der Muslimbrüder sehr groß. Ihnen bietet sich daher in den kommenden Wahlen eine gute Chance, stärkste Kraft zu werden und dann die Politik mitgestalten zu können. Wenn gleich sich ihre Führer derzeit noch aus Vorsicht und politischem Kalkül mit öffentlichen Stellungnahmen zurückhalten, bleiben ihre Vorbilder die Regimes im Iran, im Gaza und in der Türkei. Der Staat Israel im Nahen Osten wird von ihnen nicht akzeptiert.

Es lässt sich heute noch nicht sicher voraussagen, ob die zur Zeit den Prozess der Umwandlung des politischen Systems kontrollierende ägyptische Armee die von zahlreichen, aber sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften geforderten Veränderungen in Grenzen halten kann. Das seit dem Sturz von Ägyptens König Faruk am 23. Juli 1952 durch die Armee unter den Generälen Gamal Abdel Nasser und Ali Muhammad Nagib als bestimmender Faktor wirkende Militär hat selbst weit verzweigte politische und ökonomische Interessen, die es zu bewahren sucht. Wie lange noch die seit den späten 1970er Jahren von Präsident Anwar al-Sadat eingeführte und nach dessen Ermordung am 6. Oktober 1981 von seinem Nachfolger, General Husni Mubarak, übernommene maßgebende Rolle des ägyptischen Militärs in der Außenpolitik, insbesondere im Verhältnis zu Israel, aufrechterhalten wird, ist offen. Die derzeitige Zusage, alle regionalen und internationalen Verträge einzuhalten, bedeutet nicht viel. Bereits die am 22. Februar 2011 erteilte Erlaubnis für zwei iranische Kriegsschiffe, auf ihrem Weg nach Syrien den Suez-Kanal zu passieren, hat zu Recht einige Besorgnis in Israel hervorgerufen. Der Iran versucht offenbar, von der Instabilität in Ägypten zu profitieren und seine strategischen Handlungsmöglichkeiten auszuweiten. Dies erscheint um so bedenklicher, als die militanten türkischen Organisationen, die Ende Mai 2010 die See-Blockade von Gaza durchbrechen wollten, aber von der israelischen Marine gestoppt wurden, eine weitere Aktion dieser Art vorbereiten. Die Israelis sollten damit rechnen, dass die nunmehr im östlichen Mittelmeer operierenden iranischen Kriegsschiffe weitere Aktionen der Islamisten unterstützen werden.

Die Ankündigung des ägyptischen Außenministers von Anfang April, die Beziehungen zum Iran und zur Hizbullah verbessern zu wollen, weist darauf hin, dass sich Israels Sicherheitslage weiter verschlechtern wird. Darüber hinaus zeichnet sich in jüngster Zeit ein Arrangement zwischen dem ägyptischen Militär und der nach politischer Macht drängenden Muslimbruderschaft ab. Die Islamisten können immerhin darauf bauen, dass die bei dem Referendum mit großer Mehrheit (77 Prozent) angenommene Verfassungsänderung die Gel-

tung der Scharia bestätigt und alle Träume über eine säkulare Entwicklung des Landes begraben hat. An dieser Tendenz wird auch die Maßnahme des Militärrats, den am 11. Februar 2011 gestürzten Präsidenten Husni Mubarak und seine Söhne einem Strafverfahren zuzuführen, nichts ändern. Diese Vorgehensweise dient lediglich dazu, die eigene Position abzusichern und Zeit zu gewinnen.

Wie die nach den Parlamentswahlen und den Präsidentenwahlen im September ins Amt kommende neue politische Führung Ägyptens ihr Verhältnis zu Israel definiert und welche Politik sie im Nahostkonflikt betreiben wird, läßt sich angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse in Ägypten schon erahnen. Möglicherweise werden die Muslimbrüder den früheren Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohammed al-Baradei, bei den Präsidentenwahlen unterstützen. Der gegenüber dem Mullah-Regime im Iran sehr nachgiebige ehemalige Diplomat hat sich gegen Israel stets sehr feindselig verhalten. Israel kann daher nicht so ohne weiteres auf den »Charme der Freiheit« setzen, wie er in Tunesien und Ägypten in den ersten Tagen der Rebellion angeklungen ist. Hier muss man stets bedenken, wer diese Freiheit nutzt und entsprechend seinen politischen Zielen gestaltet.

REVOLUTIONÄRE BEWEGUNGEN

Der Funke des Aufruhrs in der arabischen Welt ist seit dem Zusammenbruch der alten Regime in Tunesien und Ägypten ziemlich rasch auf Jordanien, den Jemen, Bahrain, Oman, Marokko, Algerien und Libyen übergesprungen. In dem von sozialen und politischen Konflikten durchzogenen Jordanien haben die Aufständischen immerhin den Wechsel der Regierung erreicht. Sie liefern sich aber weiterhin Auseinandersetzungen mit jenen gesellschaftlichen Kräften, die das von König Abdullah II. eingesetzte Regime stützen. Der König kann sich derzeit noch auf die Treue der Armee und der alteingesessenen Beduinen verlassen, muss aber mit dem wachsenden Widerstand insbesondere der eingewanderten Palästinenser rechnen. Deren Forderung nach einer härteren Politik gegenüber Israel findet starken Widerhall. In Marokko steht zwar König Mohammed VI. nicht direkt in der Kritik. Die Demonstrationen richten sich hier vor allem gegen die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten. Ähnlich der Lage dort zielen auch die Protestdemonstrationen in Algerien auf wirtschaftliche und soziale Verbesserungen im Lande. Ob die beschlossene Aufhebung des seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustands ausreicht, um die dem Islamismus zuneigenden Oppositionskräfte zu beruhigen, lässt sich noch nicht sagen.

Besonders gefährlich erscheint der Volksaufstand in dem strategisch wichtigen Kleinstaat Bahrain, wo die im Persischen Golf operierende 5. U.S.-Flotte ihren Stützpunkt hat. Hier ist es die große Mehrheit der Schiiten, die gegen die sunnitische Herrschaftselite unter König Hamad Bin Issa al-Khalifa rebelliert, weil sie sich in jeder Hinsicht benachteiligt fühlt. Seit den 1980er Jahren schürt der Iran den schiitischen Widerstand. Mit dem Sturz der sunnitischen Herrscher und der Machtübernahme durch die Schiiten würde das Mullah-Regime einen neuen Bündnispartner an der Südküste des Persischen Golfs erhalten und seine Handlungsmöglichkeiten deutlich ausweiten können. Ob es ausreicht, die schiitischen Aufständischen mit Hilfe der seit Mitte März 2011 in Bahrain eingerückten saudischen Truppen in Schach zu halten und mit politischen Zugeständnissen zu beruhigen, steht dahin.

Im Jemen hat der Aufruhr der ebenfalls vom Iran unterstützten Regime-Gegner schon viele Menschenleben gefordert. Inzwischen wird das seit 1978 bestehende Regime von Präsident Ali Abdullah Saleh auch von den Stämmen im Süden des Landes und von hohen Of-

fizieren der Armee offen in Frage gestellt. Ein Machtwechsel scheint unausweichlich zu sein, aber seine politischen Konsequenzen können heute noch nicht sicher abgeschätzt werden. Es besteht zum einen die Gefahr, dass die im Jemen bereits seit langem präsente Terrororganisation Al Qaeda den Machtverfall ausnutzt und ihre Machtbasis erheblich erweitert. Zum anderen dürfte der Iran die Rebellen durch seine Revolutionären Garden noch stärker unterstützen als bisher und damit seine Chancen verbessern, das Terrain für sich zu gewinnen.

Mit großer Dynamik vollzieht sich der Aufstand in Libyen. Dessen im Jahre 1969 durch einen Putsch gegen König Idris an die Macht gekommener Despot Muammar al-Gaddafi und die ihn noch unterstützenden Teile der Streitkräfte liefern sich seit Mitte Februar heftige Kämpfe mit den Rebellen. Zwar stehen die Chancen für einen Sieg der Rebellen nach der Verhängung der Flugverbotszone durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. März 2011 und der danach folgenden militärischen Aktionen seitens einiger NATO-Länder erheblich besser. Doch bleibt der Ausgang des Ringens angesichts der Uneinigkeit in der westlichen Allianz und der Zurückhaltung der USA weiter ungewiss. Selbst wenn es gelingt, den Antisemiten Muammar al-Gaddafi und sein Regime zu überwinden, werden die Führer der zahlreichen Stämme eine stärkere Rolle in der neuen Machtstruktur spielen. Darüber hinaus dürften auch in Libyen die Islamisten, u. a. die in kleinen Gruppen eingesickerten Kräfte der Al Qaeda, künftig größeren Einfluss auf die Politik des Landes nehmen. Eine israelfreundliche Politik ist dabei nicht zu erwarten.

Zwar haben die Aufstände noch nicht auf das wegen seines Ölreichtums und seiner pro-westlichen Politik wichtige Saudi-Arabien übergegriffen. Hier scheint das Bündnis der saudischen Herrscherfamilie mit den asketischen und strengen wahhabitischen Geistlichen noch zu halten. Im übrigen werden die verschiedenen Sicherheitskräfte des Landes von Mitgliedern der Herrscherfamilie geführt. Ob die nunmehr eingeleiteten Reformen seitens des Königshauses ausreichen, um Massenproteste der benachteiligten schiitischen Minderheit (etwa 15 Prozent der Einwohner) in den ölreichen Ostgebieten des Landes gar nicht erst aufkommen zu lassen, steht dahin.

DIE SICHERHEITSLAGE FÜR ISRAEL

Im Zusammenhang mit den dramatischen Prozessen in der arabischen Welt ist bemerkenswert, dass die wiederholten Ansätze zum Protest vor allem vieler junger Leute im Iran und in Syrien sofort brutal niedergeschlagen wurden. Israel wird auch künftig nicht damit rechnen können, dass sich die politischen Verhältnisse in diesen beiden Ländern zu seinen Gunsten ändern werden. Die nach den Aufständen in vielen Staaten der arabischen Welt entstehenden Regime dürften dagegen dank des zu erwartenden großen Einflusses der islamistischen Kräfte dazu führen, dass der Widerstand gegen den Friedensprozess und die Existenz des Staates Israel im Nahen Osten weiter zunehmen wird.

Zwar geht derzeit von dem hochgerüsteten Saudi-Arabien und von den arabischen Golfstaaten keine unmittelbare Gefährdung der Sicherheit Israels aus. Und der Sturz des despotischen Saddam-Regimes im Irak hat ein bis zum Frühjahr 2003 sehr schwieriges Sicherheitsproblem für Israel beseitigt. Wie wichtig die gewaltsame Beseitigung des Saddam-Regimes trotz ihrer Umstrittenheit war, wird vor dem Hintergrund der aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt deutlich. Hätte man Saddam weiter gewähren lassen, wären auch die Denuklearisierung Libyens und die Einschränkung der Handlungsmöglich-

keiten Gaddafis nicht zustande gekommen. Beide Despoten würden heute eng zusammenarbeiten, inneren Aufruhr im Keim ersticken und dem Westen die Stirn bieten.

Der zunehmende Einfluss des islamischen Fundamentalismus in fast allen Ländern der Region und die qualitativ veränderten Aktivitäten islamistischer Terrorgruppen haben jedoch neue Gefahren heraufbeschworen. Die Terrorgruppen sind inzwischen in der Lage, asymmetrische Kriege gegen Israel zu führen. Die Vereinten Nationen und die internationale Staatengemeinschaft unternehmen hierbei nichts, um das Vorgehen dieser Terrorgruppen und der sie unterstützenden Regime in Teheran und Damaskus zu verhindern. Für die aktuelle Situation ist kennzeichnend, dass die islamistische Terrorgruppe Hizbullah von libanesischem Territorium aus gegen Israel operiert. In mehreren militärischen Auseinandersetzungen hat die vom Mullah-Regime in Teheran massiv unterstützte und über Syrien mit Waffen versorgte Hizbullah den Norden Israels mit Raketen angegriffen und den israelischen Truppen harte Kämpfe geliefert. Die während des Libanon-Krieges im Juli/August 2006 erlittenen Verluste konnte die Hizbullah längst wieder ausgleichen. Sie verfügt nunmehr über noch weiter reichende Raketen und andere Waffensysteme als 2006 und könnte in einem künftigen militärischen Konflikt wesentlich wirkungsvoller gegen Israel vorgehen. Die zunächst nach den letzten Wahlen gebildete westlich orientierte Regierung in Beirut ist angesichts der deutlich gestärkten innenpolitischen Macht der Hizbullah zusammengebrochen und hat am 25. Januar 2011 einem Regime Platz gemacht, das sich an den politischen Zielen der Islamisten und des Iran ausrichtet. Die Terrororganisation setzte ihren Mann für das Amt des Premiers, den Milliardär Nadshib Mikati, durch und dürfte es künftig noch leichter haben, Staat und Armee zu infiltrieren. De facto herrscht das iranische Mullah-Regime nunmehr über das Land an Israels nördlicher Grenze. Auch die Versuche, Syrien wieder aus dem strategischen Bündnis mit dem Iran herauszulösen und auf die Seite des Westens zu ziehen, halfen bislang nicht, diese für Israel gefährliche Situation zu entschärfen. Vielmehr ist Syrien nach dem Machtwechsel im Libanon noch stärker in die strategische Allianz mit Teheran eingebunden.

Ebenso wenig gelang es, die Handlungsmöglichkeiten der gleichfalls vom Iran und von Syrien massiv unterstützten Terrorgruppe Hamas im Gaza-Streifen zu vermindern. Selbst der dreiwöchige Feldzug der israelischen Streitkräfte im Januar 2009 führte nicht dazu, die Hamas aus dem Gaza zu vertreiben oder auch nur das nach Ägypten führende Tunnelsystem nachhaltig zu zerstören. Die Hamas hat zwar starke Verluste erlitten und ihre Raketenangriffe auf Israel aus taktischen Erwägungen vermindert, konnte aber ihre Bewaffnung wieder ergänzen und wesentlich verbessern. Sie fordert die sich moderat gebenden Palästinenser um Mahmud Abbas beständig heraus und wird zunehmend im Westjordanland aktiv. Inzwischen wird diese Terrorgruppe auch von der immer stärker zum Islamismus neigenden Türkei unterstützt. Die offene operative Zusammenarbeit der türkischen Regierung mit der Hamas im Zuge des Ende Mai 2010 unternommenen Versuchs, mit einem Schiffskonvoi die israelische See-Blockade gegen Gaza zu brechen, hat deutlich gemacht, dass die Türkei de facto zu den Gegnern Israels zählt. Die strategische Allianz des Landes mit dem Mullah-Regime in Teheran unterstreicht diesen Tatbestand einmal mehr. Die Israelis müssen auch davon ausgehen, dass die Allianz zwischen der Türkei und dem Iran Bestand haben wird. Der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Abdullah Gül in Teheran am 17. Februar 2011 machte einmal mehr deutlich, wie konsequent die Türkei ihre Nahostpolitik angelegt hat. Gül war mit einer Delegation der islamistischen »Hilfsorganisation« IHH angereist, die Ende Mai 2010 die Gaza-Aktion organisiert hatte und in Teheran durch ihren Sprecher mitteilen ließ, man werde »einen Nahen Osten ohne Israel und Amerika errichten«.

Mehr noch als die Fähigkeit der Hizbullah und Hamas, im Auftrag des Mullah-Regimes in Teheran Stellvertreterkriege gegen Israel zu führen und vor allem die israelische Zivilbevölkerung mit massiven Raketenangriffen zu terrorisieren, ist es der baldige Nuklearmachtstatus des Iran, der den strategischen Planern Israels ernste Sorgen bereitet. Hatte Israel als bislang einzige Nuklearmacht in der Region einen wichtigen Vorteil, um seine Existenz zu behaupten, so ist durch den Aufbau einer militärischen Nuklearoption und die Ausrüstung der Streitkräfte des Iran mit weitreichenden Trägermitteln (deren Zielgenauigkeit ständig zunimmt) eine besonders bedrohliche Lage für das Land entstanden. Es lässt sich nicht bestreiten, dass der Iran sein Nuklear- und Raketenprogramm mit russischer, pakistanischer und nordkoreanischer Hilfe in den letzten Jahren zügig vorangetrieben hat. Die langjährige und schon seitens U.S.-Präsident Bill Clinton im Jahre 1995 beginnende Kritik vor allem an Russland konnte Moskau nicht von seiner gefährlichen Politik in diesem Bereich abbringen.

Die Mittelstreckenrakete Shahab-3 (Reichweite 1.500 km) gehört seit Juli 2004 zum Arsenal der iranischen Streitkräfte. Mehrere erfolgreiche Tests mit der neuen mobilen Rakete Sejil-2, deren Reichweite 1.900 km beträgt, haben bereits stattgefunden. In Fachkreisen rechnet man damit, dass der Iran innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre über einsatzbereite nukleare Sprengköpfe verfügen wird. Die Realisierbarkeit des vom iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedshad und von Ajatollah Ali Chamenei wiederholt formulierten Ziels, »Israel von der Landkarte zu tilgen«, rückt damit in greifbare Nähe.

Wenngleich in Israel das Bewusstsein der veränderten Bedrohung angesichts der jüngsten Erfahrungen mit den islamistischen Terrorgruppen und der Beharrlichkeit des Mullah-Regimes in Teheran durchaus vorhanden ist und derzeit eine handlungsbereite Koalition in Jerusalem regiert, bleibt es schwierig, angemessene Maßnahmen zur Sicherung der Existenz des Landes vorzubereiten. Israel wird aber nicht umhin können, sein militärstrategisches Konzept erneut einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Vor allem gegen die nukleare Bedrohung durch den Iran wird die bisherige Strategie der nuklearen Abschreckung nicht mehr hinreichen. Das neue Konzept wird sich auf die Herausforderung in zwei Bereichen konzentrieren müssen: die zunehmende Aggressivität und Kampffähigkeit islamistischer Terrorgruppen (vor allem Hizbullah und Hamas) einerseits und die Angriffskapazitäten des Iran mit nuklearen Waffen andererseits.

ANGEMESSENE ANTWORTEN

Zwar sind bereits nach den schlechten Erfahrungen des Libanon-Krieges und den mäßigen Ergebnissen der Gaza-Operation bedeutsame Änderungen in der Strategie sowie Ausrüstung und Ausbildung der israelischen Streitkräfte eingeleitet worden. Dieser Prozess muss jedoch entschlossen und zügig fortgeführt werden. Dabei gilt es zum einen, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass angesichts der Aufrüstung der Terrorgruppen mit neuen Waffensystemen israelische Städte und strategische Einrichtungen in zunehmendem Maße in Reichweite ballistischer Raketen gelangen. Zum anderen wird es notwendig sein, bei künftigen militärischen Auseinandersetzungen mit den Terrorgruppen die Reaktion der Weltöffentlichkeit von vornherein ins Kalkül zu ziehen. Denn die Erfahrung lehrt uns immer wieder, wie geschickt es die islamistischen Terrorgruppen verstehen, die systematische Nichtbeachtung des Völkerrechts seitens ihrer eigenen Kämpfer und die Zwänge der Kriegführung Israels für sich zu nutzen und die Weltöffentlichkeit für sich einzunehmen. Diesen

Faktor dürfen die israelischen Streitkräfte nicht dem Selbstlauf überlassen. Da der Krieg gegen die Terrorgruppen auch in dieser Hinsicht asymmetrisch ist, wird alles getan werden müssen, um die für Israel gefährlichen Auswirkungen zu minimieren. Oberflächlichkeit darf man sich in diesem Bereich nicht leisten.

Angesichts der nuklearen Rüstung des Iran und der Skrupellosigkeit seiner Machtelite war es eine sinnvolle Maßnahme Israels, seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten dort erheblich zu intensivieren und so die Möglichkeiten für die lückenlose Aufklärung der Nuklear- und Raketenrüstung dieses Landes zu verbessern. Dies bietet nicht nur eine solidere Beurteilungsgrundlage für die genaue Zweckbestimmung der nuklearen Einrichtungen und Waffensysteme. Die damit verknüpften Erkenntnisse eröffnen auch größere Chancen, das militärisch relevante Potential wirksam zu bekämpfen. In Frage kommen dabei zunächst Maßnahmen des Cyber-Kriegs, Sabotage-Akte und Undercover-Aktionen sowie ein sorgfältig vorbereiteter Präventivschlag mit konventionellen Waffen gegen die nuklearen Einsatzmittel und die militärischen Führungseinrichtungen des Iran. Die weit über das Land verstreut liegenden und zum Teil verbunkerten Ziele dieser Kategorie müssen nicht alle ausgeschaltet werden, um dem Mullah-Regime die nukleare Handlungsfähigkeit wieder zu nehmen. Israel kann diese Aufgabe durchaus allein bewältigen, wenn die Luftstreitkräfte die militärisch-technische Unterstützung der USA erhalten. Dazu gehören vor allem die Lieferung der neuesten bunkerbrechenden Waffen und zusätzliche Kapazitäten zur Luftbetankung der Kampfflugzeuge. Die Repräsentanten des Mullah-Regimes in Teheran wissen, was auf sie zukommen könnte. Ihre militärischen Vorbereitungen werden jedoch nicht ausreichen, den Erfolg des möglichen israelischen Vorgehens in Frage zu stellen. Die israelische Regierung wird mit ihrer Entscheidung über einen Militärschlag dennoch warten müssen, bis der Iran die angestrebte Nuklearkapazität – nachweislich – hat.

Sollte ein Präventivschlag mit konventionellen Waffen gegen die nuklearen Kapazitäten des Iran nicht geführt werden, bleibt den Israelis nur noch die strategische Option, sich auf einen mit nuklearen Waffen geführten Konflikt einzustellen. Die Eigenart des Denkens der iranischen Führungselite und die charakteristischen Vorgehensweisen des Mullah-Regimes erlauben es der politischen Führung Israels nicht, sich auf die Wirksamkeit der Abschreckung durch die eigenen Kräfte zu verlassen. Die ausgeprägte Irrationalität der iranischen Führungselite und die transzendentalen Begründungen für ihr Handeln lassen es nicht zu, die in anderen Konfliktkonstellationen (etwa im Ost-West-Konflikt) praktizierten Methoden und Strategien auf die Situation im Nahen Osten zu übertragen. Es ist daher nur konsequent, dass die israelischen strategischen Planer dem Aufbau einer wirksamen Raketenabwehr hohe Priorität geben. Das im eigenen Land entwickelte Arrow-2-System bildet schon heute zusammen mit dem auf modernsten Technologien beruhenden und die militärische Führung mit den notwendigen Daten versorgenden Ofeq-Satellitensystem den ersten Teil eines Abwehrschildes. Die bereits in naher Zukunft eintretenden Gefährdungen durch den Iran – insbesondere ein Angriff mit weitreichenden, nuklear bestückten Raketen – werden es notwendig machen, das derzeit vorhandene Abwehrraketensystem rasch auszubauen. In diesem Kontext war es eine bedeutsame Hilfe, dass die USA am 21. September 2008 ein modernes Radarsystem nach Israel geliefert haben, das erheblich früher als die bisher verwendeten Systeme den Anflug von Raketen erkennen und diese noch rechtzeitig mit Abwehrraketen abgefangen werden kann. Das neue amerikanische Radarsystem vom Typ AN/TPY-2, X-Band-Radar, sowie 120 U.S.-Soldaten sind nunmehr auf der israelischen Luftwaffenbasis Nevatim in der südlichen Negev-Wüste stationiert. Ihr Einsatz ist auch von der Regierung Obama bestätigt worden. Eine letzte Stufe der Entwicklung einer Raketenabwehr besteht

darin, Systeme einzuführen, die in der Lage sind, anfliegende Raketen bereits in ihrer Startphase (boost-phase-intercept) zu vernichten.

Abgesehen von dem Aufbau einer wirksamen Raketenabwehr erscheint es vor dem Hintergrund der veränderten strategischen Situation angebracht, dass Israels Planer den eigenen nuklearen Waffen heute eine differenziertere Rolle zuweisen als in der Vergangenheit. Es war schon eine richtige Maßnahme, dass Israel bereits vor mehr als einem Jahrzehnt im Hinblick auf den denkbaren Einsatz seiner nuklearen Waffen von der »last-resort-option« Abschied genommen hatte. Nunmehr bemüht man sich nicht nur darum, die Zweitschlagfähigkeit auszubauen. Israel wird auch den Einsatz offensiver Mittel ins Auge fassen müssen, um die neue Bedrohung zu minimieren, ohne auf Hilfe von außen angewiesen zu sein. Dabei wird die Weiterentwicklung der bereits im israelischen Arsenal befindlichen ballistischen Raketen vom Typ Jericho-2 (Reichweite 2.000 km) zu einem Waffensystem, mit dem strategische Ziele z. B. im Iran getroffen werden können, eine große Bedeutung erlangen. Der Erwerb von drei in Deutschland gebauten U-Booten der Delphin-Klasse ergänzt die von Israel angestrebte neue Fähigkeit noch. Da die mit Marschflugkörpern bestückten U-Boote außerhalb der israelischen Territorialgewässer operieren und eine hohe Überlebensfähigkeit besitzen, passen sie nahtlos in das neue strategische Konzept. Im übrigen ist es folgerichtig, die dringend notwendige Verbesserung der Nuklearkapazität durch den Ankauf weiterer amerikanischer Kampfflugzeuge modernsten Typs und der zur Vergrößerung der operationellen Reichweite nötigen Tankflugzeuge abzurunden. Angesichts der enormen Bedrohung seitens eines nuklear bewaffneten Iran bemüht sich die israelische Regierung zu Recht darum, die Fähigkeiten ihrer Luftstreitkräfte darauf zuzuschneiden, die Raketen-Abschussrampen im Iran schon vor dem Abschuss der Raketen zerstören zu können. Die hohe Verwundbarkeit Israels erlaubt es der Regierung in Jerusalem in der Tat nicht mehr, nur zu reagieren. Sie bereitet sich vielmehr zu Recht darauf vor, das Gesetz des Handelns zu bestimmen und zu behalten.

AUSBLICK

Nach dem Erwerb des Nuklearmachtstatus durch den Iran und der damit grundlegend veränderten strategischen Situation im Nahen Osten wird die israelische Regierung rasch entscheiden müssen, welche der zur Verfügung stehenden militärischen Handlungsoptionen ausgewählt werden sollte, um die Existenz des Landes und die Sicherheit der Bevölkerung zu wahren. Sie kann sich dabei zwar in allen Fällen ziemlich sicher auf die Zustimmung der großen Mehrheit der Bürger in Israel stützen. Israel muss jedoch damit rechnen, dass der Widerstand seitens der internationalen Staatenwelt gegen seine militärischen Maßnahmen zunimmt. Vor allem in Europa wird die Bereitschaft gering sein, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und die angemessenen Folgerungen daraus zu ziehen. Die meisten Regierungen in Europa werden vielmehr weiterhin zum Appeasement gegenüber dem Iran neigen, dessen Regime sich schon seit Jahren außerhalb der Regeln des Völkerrechts stellt und die diplomatischen Gespräche mit den Vertretern der fünf Vetomächte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Deutschlands regelmäßig dazu genutzt hat, Zeit zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Verlässlichkeit der USA von entscheidender Bedeutung. Für Israel gilt es daher, die politische Rückendeckung Washingtons für sein militärstrategisches Konzept und sein konkretes militärisches Vorgehen zu erhalten.